



Bundeskongress Politische Bildung 2015
19.-21. März 2015
Programm

Ungleichheiten in der Demokratie

Vor dem Gesetz sind alle Bürgerinnen und Bürger gleich. Das ist eine der wichtigsten Grundlagen der Demokratie. Auch gibt es Regelungen, die für Chancengerechtigkeit und Schutz vor Diskriminierung sorgen sollen, wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz oder die unterschiedlichen Gleichstellungsgesetze auf Länderebene. Trotzdem wird in Politik, Medien und Wissenschaft zunehmend darüber diskutiert, inwiefern auf nationaler, aber auch auf europäischer und globaler Ebene die Klüfte zwischen den Menschen größer werden und sich Ungleichheiten verschärfen und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Der Kongress will aktuelle Befunde über asymmetrische Entwicklungen zur Diskussion stellen. Dabei werden neuere Themen, wie z.B. Big Data oder Neuro-Enhancement, aber auch „klassische“ Fragestellungen, wie Diskriminierung und soziale Ungleichheit, thematisiert. Insbesondere soll es um Entwicklungen gehen, die aktuell an Relevanz gewinnen und über die bereits Debatten in den Medien angestoßen wurden, bei denen aber in breiten Bevölkerungsschichten noch Orientierungsbedarf besteht. Dazu gehören z.B. die Entstehung von Daten- und Technologiemonopolen, der in diesem Zusammenhang prognostizierte Einfluss auf menschliches Konsum- und Kommunikationsverhalten, veränderte Wertschöpfung, das Verschwinden der Arbeit und daraus resultierende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Veränderungen.

Leitfragen sind demnach: Welche (neuen) Asymmetrien entwickeln sich aktuell und welche Auswirkungen auf die Demokratie lassen sich absehen? Auf welche Weise entstehen Ungleichheiten und Asymmetrien? Wie viel Ungleichheit verträgt eine demokratische Gesellschaft und wie kann man diesem scheinbaren Automatismus des Auseinanderdriftens entgegenwirken, sofern dieser als problematisch eingeschätzt wird? Wer ist gefragt und wo liegt die besondere Aufgabe politischer Bildung?

Donnerstag, 19. März 2015	Landschaftspark Duisburg Nord, Gebläsehalle
----------------------------------	--

Ab 15:00 Uhr Registrierung

Ab 16:00 Uhr Optional Führung über das Gelände des Landschaftsparks Nord.

18:00 Uhr **Eröffnung**
Moderation: **Asli Sevindim**, Journalistin

Grußwort Dr. Jörg Bentmann, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern

Grußwort Bernd Neuendorf, Staatssekretär im
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, NRW

- Begrüßung und Einführung durch die Veranstalter**
- Thomas Krüger, Bundeszentrale für politische Bildung
 - Prof. Dr. Dirk Lange, Deutsche Vereinigung für politische Bildung
 - Ina Bielenberg, Bundesausschuss Politische Bildung

- 18:30 Uhr **Keynote: Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?**
Prof. Dr. Benjamin Barber, Politikwissenschaftler, USA
- 19:15 Uhr **Diskussion**
unter Beteiligung des Publikums
- 19:45 Uhr **Empfang**

Freitag, 20. März 2015

Universität Duisburg-Essen

ab 8:00 Uhr Registrierung

9:00 Uhr Gemeinsame Eröffnung

- Kurzfilm „Das sagt DU“
- Begrüßung durch Prof. Dr. Ute Klammer als Vertreterin der Universität Duisburg-Essen
- Moderation: Petra Grüne, Bundeszentrale für politische Bildung

9:30-11:00 Uhr Parallele Sektionen

1. Arm und Reich – Soziale Ungleichheit

Eine meritokratische Gesellschaft wie die Deutschlands trägt das Versprechen in sich, dass Leistung und Arbeit ausschlaggebend für Einkommen und sozialen Status sind, nicht Abstammung oder ererbtes Kapitalvermögen. Die öffentlichen Diskussionen darüber, dass die Verteilung von Bildungschancen sehr stark von der Herkunft abhängt, werden nach wie vor intensiv geführt. So wurde Deutschland zuletzt u.a. von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für sein undurchlässiges Bildungssystem, das Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Familien benachteiligt, kritisiert. Darüber hinaus besteht eine an Intensität wachsende Kontroverse darüber, ob auch unser Wirtschaftssystem weniger den Leistungsfähigen belohnt, als vielmehr denjenigen mit hohem Kapitalvermögen. Dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich potenzieren könnte, deutet sich etwa mit Blick auf die Entwicklung der Gehälter der DAX-Vorstände an, die in den vergangenen 25 Jahren im Verhältnis zu den Angestelltegehältern proportional stärker gestiegen sind: War das Verhältnis vor 25 Jahren 20 zu 1, so ist es heute 200 zu 1. Manche Kommentatoren des Zeitgeschehens äußern ihre Verwunderung darüber, dass die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich zu keinerlei öffentlichen Protesten führt. Im Gegenteil, es verfestigt sich der Eindruck, dass sich diejenigen, die am stärksten von sozialem Abstieg betroffen sind, aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben zurückzögen. Als Indizien werden eine sinkende Wahlbeteiligung und fehlendes zivilgesellschaftliches Engagement genannt. Während im 19. Jahrhundert die sozialen Ungleichheitsverhältnisse zur Entstehung einer starken Arbeiterbewegung führten, kann man Vergleichbares derzeit nicht beobachten. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären? Ist eine sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie oder, im Gegenteil, ein Zeichen ihrer Stabilität? Welche Entwicklungen lassen sich in anderen Ländern beobachten?

Prof. Dr. Steffen Mau, Universität Bremen / Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS)

Dr. Oliver Nachtwey, Technische Universität Darmstadt

Dr. Judith Niehues, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) e.V.

Dr. Brigitte Weiffen, Universität São Paulo, Brasilien

MODERATION: Michael Hirz, Phoenix

2. Europa zwischen Inklusion und Exklusion

In seiner Selbstwahrnehmung ist Europa bestimmt durch Demokratie, Achtung der Menschenrechte, durch Freiheit, Gleichheit und Toleranz. Aber wird Europa diesem Selbstbild gerecht? Mit Blick auf die europäische Flüchtlingspolitik und den Umgang mit Minderheiten werden öffentlich Zweifel angemeldet. So wird kritisiert, dass eine Abschottungspolitik an den Grenzen Europas die Flüchtlingsproblematik weiter verschärfe. In vielen Staaten ist eine wachsende Abriegelung gegen sogenannte Armutsmigranten zu beobachten, und es kommt innerhalb verschiedener europäischer Staaten zunehmend zu rassistischen Angriffen gegen Roma. Auch die Frage, wie Europa mit einer möglicherweise wachsenden Ungleichheit innerhalb seines Gefüges umgeht, das sich nicht mehr nur in einem West-Ost, sondern auch in einem Nord-Süd Gefälle ausdrückt, hat seit der Wirtschafts- und Finanzkrise an Brisanz gewonnen. Das Wahlergebnis der letzten EU-Wahlen, bei dem die europaskeptischen und europakritischen Parteien einen Stimmenzuwachs erfuhren, wirft die Frage auf, ob das europäische „Friedensnarrativ“ dem Druck, der sich durch Wirtschaftsprobleme und -ungleichheiten aufzubauen scheint, standhält.

Welchen Weg wird Europa zwischen Inklusion und Exklusion einschlagen? Kann ein zunehmendes Ungleichgewicht auf europäischer Ebene das friedliche Zusammenleben und die Demokratie gefährden? Welche Möglichkeiten solidarischen Handelns, z.B. im Bereich der Gewerkschaften, gibt es, und welche Konkurrenzstrukturen stehen dem entgegen? Wie kann es gelingen, auf europäischer Ebene eine Debatte anzustoßen, die sich mit den ideellen Grundlagen Europas befasst?

Andreas Botsch, Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. Ulrike Guérot, „The European Democracy Lab“, eusg – European School of Governance

Isabell Hoffmann, Bertelsmann Stiftung

Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

MODERATION: Ulrike Winkelmann, Deutschlandfunk

3. Die Entwicklung der Städte

Städte als Geburtsort der Demokratie galten seit jeher als Orte der Hoffnung auf ein besseres Leben und konnten lange mit Wachstum und Wohlstand verbunden werden. Heute scheinen sie jedoch immer öfter durch Stagnation, Vertiefung sozialer Spaltung und Ausgrenzung geprägt. In der Öffentlichkeit wird aktuell über Gentrifizierung diskutiert, die einkommensschwache Haushalte aus ihren Lebensräumen verdrängt und in deren Folge eine soziale Spaltung zu sogenannten Brennpunkt- und Problemvierteln führt.

Zugleich sind Städte auch heute noch Motoren der Innovation und bergen das Potenzial zur Lösung vieler Probleme. Sie ermöglichen effiziente Versorgungsstrukturen, bieten das Potenzial ökologischer Nachhaltigkeit und eröffnen Arbeits- und Jobchancen. Im politischen Bereich sind Städte als Akteure mit demokratischer Legitimation einflussreicher, gestaltungsfähiger und flexibler als viele Organisationen und Nationalstaaten. Sie können effizienter Lösungen für transnationale Probleme finden, da eine engere und bessere Zusammenarbeit als zwischen Nationalstaaten möglich ist. Außerdem sind Städte der Geburtsort für viele Bürgerinitiativen, die durch ihr zivilgesellschaftliches Engagement auf Probleme reagieren und sich aktiv am demokratischen Meinungsprozess beteiligen.

Welche Entwicklung steht den Städten bevor? Tragen sie zur Vertiefung sozialer Spaltung bei oder führen sie die Menschen wieder näher zusammen? An welchen Stellschrauben gilt es zu drehen, wenn man Städte zu lebendigen, vielfältigen und sozial inklusiven Räumen entwickeln will? Welche Beispiele vorbildhafter Stadtentwicklung gibt es?

Prof. Dr. Benjamin Barber, Politikwissenschaftler, USA

Dr. Regina Bittner, Bauhaus Kolleg Dessau

Uli Hellweg, IBA Hamburg GmbH

Prof. Dr. Michael Voigtländer, Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) e.V.

MODERATION: Kathrin Latsch, Journalistin und freie Autorin

4. Exklusion und Inklusion

Diskriminierung und Exklusion können in einer freiheitlichen Demokratie nicht toleriert werden, denn sie stellen ihr Selbstverständnis infrage. Trotzdem weisen Studien immer wieder auf Ungleichbehandlungen und den Ausschluss von Menschen aufgrund von Herkunft, sozialem Status, Geschlecht oder sexueller Orientierung hin. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen über die Legitimität und die Formen von Exklusion und Ausschlusskriterien sind folglich notwendig, denn Exklusion findet nicht nur auf einer persönlichen, zwischenmenschlichen Ebene statt. Vielmehr schreibt sie sich auch in Verfahren und Prozesse einer Gesellschaft ein. Leitmotiv und Gegenstand der öffentlichen Diskussionen über Exklusion und Inklusion als gesamtgesellschaftliche Herausforderung sollte es nicht sein, diese als „böswillige Taten“ einzelner zu werten. Es wäre stattdessen wünschenswert, die asymmetrische Verteilung von Anerkennung, Ressourcen und Chancen nach Kriterien wie Herkunft, sozialer Status, Geschlecht oder sexueller Orientierung in den Fokus zu stellen. Welche Erkenntnisse haben wir über mehrdimensionale Diskriminierung und Intersektionalität? Inwiefern sind individuelle und strukturelle Diskriminierung miteinander verflochten? Welche Rolle spielt die „Ökonomisierung sozialer Beziehungen“, wie sie beispielsweise im Zusammenhang mit der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beschrieben wird?

Neben der Sensibilisierung und Wissensvermittlung für und über die Mechanismen von Diskriminierung spielt aber auch die Stärkung und Ermutigung der Betroffenen eine wichtige Rolle. Jedoch setzt dies voraus, dass die Betroffenen sich einer bestimmten Gruppe, die Opfer von Diskriminierung ist, zuordnen. Damit finden Zuschreibungsprozesse statt, die man eigentlich überwinden will. Unter welchen Umständen sind demnach Empowerment-Maßnahmen zu empfehlen und wo sind Grenzen? Welche Erfahrungen gibt es aus Empowerment-Trainings, die für die politische Bildung genutzt werden können?

Prof. Dr. Stephan Bundschuh, Hochschule Koblenz

Prof. Dr. Stefan Liebig, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Anne Waldschmidt, Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies

Nuran Yiğit, Beraterin und Coach für Empowerment, Antidiskriminierung und Antirassismus

MODERATION: Dr. Margret Spohn, Migrationssoziologin, Interkulturelle Pädagogin

5. „Leistungskörper“ für die Leistungsgesellschaft? Der getunte Mensch

Neuro Enhancement beschreibt das bewusste Eingreifen in den chemischen Haushalt des Gehirns, mit dem Ziel, eine konkrete Leistungssteigerung zu verursachen. Die philosophische Denkschule der Transhumanisten trachtet generell danach, den menschlichen Körper durch Wissenschaft und Technologie zu verbessern. Ist der menschliche Körper also fundamental fehlerhaft und sollte optimiert werden? Ist es legitim unser Gehirn mit Medikamenten zu pushen, um dadurch eine bessere und längere Leistungsfähigkeit zu erreichen? Und ist die langsame Verschmelzung von Mensch und Maschine nichts weiter als eine Überwindung körperlicher Defizite und damit nur die logische Fortführung der Evolution, wie die Transhumanisten es sehen? Oder führt diese Entwicklung zu einer Körperklassengesellschaft, in der es zu

einer Teilung unserer Gesellschaft in „normale Menschen“ und „Menschen 2.0“ kommt? Führen die sogenannten IQ-Pillen zu einer neuen sozialen Ungleichheit zwischen denjenigen, die sie sich leisten können, und denjenigen, die das nicht können oder nicht wollen? Welchen Einfluss haben solche Entwicklungen auf den Umgang mit behinderten Menschen? Ist ein inklusiver anerkennender Umgang noch denkbar, wenn die körperliche Leistungsfähigkeit immer weiter hochgeschraubt wird?

Stefan Greiner, Cyborgs e.V.

Dr. Roland Kipke, Universität Tübingen

Dr. Dimitris Repantis, Charité – Universitätsmedizin Berlin

Dr. Wiebke Rögener-Schwarz, Technische Universität Dortmund

MODERATION: Jürgen Wiebicke, WDR

6. Wandel der Arbeitswelt

Neue Technologien haben im 20. Jahrhundert nach und nach die Möglichkeiten des menschlichen Zusammenlebens verändert. Flugzeuge, das Telefon, Fernsehen und schließlich das Internet haben den Handlungsradius jedes Einzelnen vergrößert. Und die neueste Entwicklung ist in vollem Gange: Die voranschreitende Digitalisierung vernetzt immer mehr Inhalte und macht sie von überall nutzbar. Durch die Anbindung an Cloudnetze und Rechenzentren können immer kompliziertere Suchanfragen, Aufgaben und Probleme über das Netz bearbeitet und gelöst werden. Die „digitale Revolution“ ist in vollem Gange. Allerdings werden auch ihre Schattenseiten kritisiert. Durch neue Technologien verschwinden nach und nach immer mehr Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich der geringqualifizierten. Während bereits ganze Lagerhäuser von Maschinen verwaltet werden, entwickelt Google selbstfahrende Autos und Amazon kleine Drohnen, mit denen Pakete zugestellt werden sollen. Manche sehen diese Entwicklungen als durchaus positiv an: Sie schaffen neue Freiräume für den Menschen, sie führen zu einer „Erweiterung des Geistes“ und sie steigern die Produktivität. Andererseits sind die gesellschaftlichen Folgen noch schwer zu fassen: Welchen Wert hat Arbeit? Wie geht man damit um, dass immer mehr Arbeitsplätze durch neue Technologien ersetzt werden? Wird hier eine Zweiklassengesellschaft von Menschen mit und ohne Arbeitsplatz entstehen oder zwischen Menschen, die im Bereich der Digitalisierung arbeiten und denen, die in klassischen Arbeitsfeldern beschäftigt sind? Hat jeder Mensch ein Recht auf Arbeit oder besteht eine Pflicht zur Arbeit? Was kann politische Bildung tun, um diesen Prozess zu begleiten?

Tim Cole, deutsch-amerikanischer Publizist, Kolumnist und Autor

Sabria David, Slow Media Institut

Prof. Dr. Klaus Dörre, Friedrich Schiller Universität Jena

Frank Rieger, Chaos Computer Club e.V. (CCC)

MODERATION: Andreas Kolbe, Deutschlandfunk

7. Technologischer Fortschritt, Datenmonopole und das Internet der Dinge

Straßenlaternen, die die Verkehrslage scannen, Autos, die ohne Zutun des Fahrers ihr Ziel erreichen und im Fall eines Unglücks die Ambulanz rufen und den Zustand der Verletzten durchgeben, Apps, die einem jederzeit den Aufenthaltsort von Bekannten anzeigen: Der Technologische Fortschritt und die Entwicklung des Internets sind so rasant und komplex, dass die Konsequenzen für große Teile der Bevölkerung undurchschaubar bleiben. Es fällt schwer zu überblicken, welche Entwicklungen einen positiven Fortschritt darstellen und welche eher besorgniserregend sind. Wo führt es hin, wenn einige wenige Internetkonzerne riesige (Daten)Monopole aufbauen und von jedem einzelnen User ein komplettes Bild über sein Verhalten zeichnen können. Welche Macht entsteht, wenn Algorithmen unsere täglichen Entscheidungen und Bedürfnisse prägen sowie die Bedingungen, unter denen diese befriedigt werden können?

Wenn Bürgerinnen und Bürger durch Big Data nahezu transparent werden und gleichzeitig vieles nicht mehr durchschauen, während Konzerne und Geheimdienste den gläsernen Menschen vor sich haben. Inwiefern gefährdet das demokratische Grundsätze? Was bewirken Daten- und Technologiemonopole für das gesellschaftliche Zusammenleben? Welche Manipulationskraft können sie entfalten? Wie lenken sie? Was wird die asymmetrische Verfügungsgewalt über Informationen bewirken? Die Debatte über potentielle gesellschaftliche Folgen ist in den Feuilletons und unter Mitgliedern der Netzgemeinde längst entfacht. Während sich viele Beobachter darin einig sind, dass es großen Anlass zur Beunruhigung gibt, da diejenigen die über die leistungsfähigsten Computer verfügen, die Welt dominieren könnten (Lanier), gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie zu reagieren sei. Während Lanier vorschlägt, von der Open Source Idee Abstand zu nehmen und auf die grundsätzliche Monetarisierung von Daten setzt, schlägt Morozov vor, neue Instrumente der Sozialpolitik im Internetzeitalter zu entwickeln.

In der Sektion werden übergreifend die potentiellen Konsequenzen technologischer Entwicklungen bezogen auf Asymmetrien und gesellschaftliche Ungleichheit diskutiert und nach Handlungsbedarf und Möglichkeiten in Politik, Zivilgesellschaft und politischer Bildung gefragt.

Jörg Blumtritt, Datarella GmbH

Dr. Christoph Kucklick, Autor von „Die granulare Gesellschaft“

Evgeny Morozov, Publizist

Rena Tangens, Digitalcourage e.V. (bigBrotherAwards – „Die Oscars für Datenkraken“)

MODERATION: Prof. Dr. Christian Schicha, Mediadesign Hochschule Düsseldorf

11.00-11.30 Uhr	Kaffeepause
11:30-13:00 Uhr	Workshops
13:00-14:30 Uhr	Mittagspause
14:30-16:30 Uhr	Workshops
17:00 Uhr	Delegiertenversammlung DVPB (nur für Mitglieder)
19:30 Uhr	Preisverleihung: „Preis politische Bildung“ des bap „Walter-Jacobsen-Preis“ der DVPB
21:00 Uhr	Empfang

Samstag, 21. März 2015

Universität Duisburg-Essen

ab 8.30 Uhr **Registrierung**

9:00-10:30 Uhr **Parallele Sektionen**

8. Soziale Ungleichheit – Was kann die Gesellschaft leisten?

Menschen unterscheiden sich sowohl in ihren individuellen Eigenarten und Fähigkeiten als auch nach ihren individuellen Wünschen und Lebenskonzepten. Der Anspruch demokratischer Gesellschaften ist es, diese Vielfalt zu schätzen und zu schützen. Die politischen und rechtlichen Instanzen sollen allen Menschen das höchste – gesellschaftlich tragfähige – Maß an Selbstverwirklichung ermöglichen. Wenn wir allerdings von „sozialer Ungleichheit“ sprechen, meinen wir nicht diese horizontalen Unterschiede sondern vertikale

Besser- bzw. Schlechterstellungen zwischen Menschen. Dabei geht es nicht nur um vertikale Ungleichheiten zwischen arm und reich, sondern auch zwischen nicht-behinderten und behinderten Menschen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Heterosexuellen, Homosexuellen und Intersexuellen; zwischen Staatsbürger(inne)n, EU-Bürger(inne)n, EU-Ausländer(inne)n und Staatenlosen zwischen Familien, Singles und Alleinerziehenden; zwischen „Weißen“ und „People of Color“, zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen etc. Hier wird deutlich: Ungleichheit führt häufig auch zu Ungerechtigkeit, Benachteiligung und Diskriminierung. Will man dem entgegenwirken, reichen dazu gesetzliche Maßnahmen nicht aus, vielmehr geht es auch um Anerkennungsgerechtigkeit.

Bedarf es also gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, die mit der zunehmenden Heterogenität Schritt halten? Willkommenskultur, Inklusion, Diversity-Management sind die gängigen Stichworte in dieser Debatte. Aber handelt es sich hierbei nicht eher um Fachdiskussionen, die in der breiten Öffentlichkeit bisher keine Relevanz haben. Was muss auf gesellschaftlicher Ebene geschehen, um gegenseitige Anerkennung zu fördern? Welche zivilgesellschaftlichen Akteure beschäftigen sich mit der Frage nach der Gestaltung von Heterogenität? Welche Diskurse müssen geführt werden?

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität zu Köln

Prof. Dr. Ute Klammer, Universität Duisburg-Essen

Maxim Nohroudi, Mitgründer und CEO von allryder

Dr. Brigitte Weiffen, Universität São Paulo, Brasilien

MODERATION: Dr. Margret Spohn, Migrationssoziologin, Interkulturelle Pädagogin

9. Politik neu denken?

Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheit wird das Selbstverständnis der Demokratie auf eine harte Probe gestellt. Waren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten noch alle sozialen Schichten über Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften politisch und gesellschaftlich eingebunden, so diagnostizieren zahlreiche Beobachter/-innen heute gerade in den etablierten Demokratien des Westens eine Entwicklung, die darauf hinaus läuft, dass Menschen mit geringem sozialen Status zunehmend abgekoppelt sind. Sie gehen seltener zu Wahlen und beteiligen sich auch seltener an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Der Aufstieg unkonventioneller Partizipationsformen scheint dieses Phänomen zu verstärken, weil sie noch stärker als konventionelle Beteiligungsformen (z.B. Wählen) sozial verzerrt wirken. Auf Dauer könnte dies dazu führen, dass die Interessen der sozial Schwachen gänzlich ignoriert werden. Eine Entwicklung, die dem demokratischen Ideal politischer Gleichheit widerspräche. Muss sich die Politik daher grundlegend neu ausrichten oder erleben wir gar einen Wandel des Politischen, mit dem demokratische Werte an Bedeutung einbüßen könnten? Wie kann sich Politik auf die zunehmende Heterogenität von Gesellschaft einstellen? Welche Herausforderungen ergeben sich in diesem Zusammenhang aus der voranschreitenden Digitalisierung mit ihrem Potenzial asymmetrische Machtverteilungen noch zu potenzieren?

Dr. Felix Gerlsbeck, Universität Hamburg

Behrouz Khosrozadeh, Georg-August-Universität Göttingen

Evgeny Morozov, Publizist

Dr. Armina Omerika, Goethe-Universität Frankfurt

MODERATION: Ulrike Winkelmann, Deutschlandfunk

10. Wie politisch ist die politische Bildung?

Der dritte Leitsatz des Beutelsbacher Konsenses lautet: Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Erfüllt die politische Bildung diesen Anspruch noch? Wenn sich die sozialen Milieus mit geringem Einkommen aus der Politik zurückziehen und nicht mehr wählen gehen, wenn die breite Öffentlichkeit gar nicht mehr realisiert, welche Machtfülle sich auf Seiten des Staates und auf Seiten von IT-Konzernen durch die Auswertung gigantischer Datenmengen ansammelt, sind dann noch die Voraussetzungen gegeben, dass die eigene Interessenlage analysiert und beeinflusst werden kann? Wie kann politische Bildung auf diese Herausforderung reagieren? Muss sie ihre bislang praktizierte Zurückhaltung bezüglich des Bildungsziels Partizipation ablegen? Bislang spielen die Anregung und Reflexion direkter Praxiserfahrungen im Rahmen realer politischer Aktion in der politischen Bildung kaum eine Rolle. Dabei ist bekannt, dass Selbstwirksamkeitserfahrung ein wichtiger Motor für politische Partizipation ist. Müsste demnach nicht ein zentrales Anliegen der außerschulischen politischen Bildung darin liegen, jungen Menschen Gelegenheiten zu bieten, in politische Aktion zu kommen? Aber lässt sich diese Forderung mit dem Kontroversitätsgebot und dem Überwältigungsverbot vereinbaren?

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Waltraud Meints-Stender, Hochschule Niederrhein

Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Universität Bielefeld

Prof. em. Dr. Sibylle Reinhardt, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

MODERATION: Ulrich Krüger, Landesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung NRW e.V.

11. Globale Gerechtigkeit – Post-Wachstumsökonomie

Auf dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro wurde Nachhaltigkeit als normatives, internationales Leitprinzip der Staatengemeinschaft anerkannt und in der Agenda 21 als Grundprinzip verankert. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung basiert auf der Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Überlegungen. Es wurzelt in der Idee einer weltumspannenden Gerechtigkeit: Gerechtigkeit hinsichtlich der Verteilung und Nutzung von Ressourcen, Gerechtigkeit zwischen der jetzigen und späteren Generationen, Gerechtigkeit zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat also die langfristige menschenwürdige Gestaltung der „einen Welt“ als Grundgedanken. Allerdings wird die Frage, wie dies zu erreichen sei, sehr unterschiedlich beantwortet. Die einen glauben, dass durch technischen Fortschritt Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit erreicht werden kann, andere sind der Überzeugung, dass wir uns vom Wachstumsdenken verabschieden müssen, und streben eine Postwachstumsökonomie an. Sie zweifeln daran, dass sich der Wohlstand einer Bevölkerung nur im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf messen lässt, und verweisen auf Länder wie Bhutan oder Ecuador, die das Glück ihrer Bevölkerung messen und es als Staatsziel in ihrer Verfassung verankert haben. Einigkeit besteht darin, dass sich eine weltweite nachhaltige Entwicklung nur durch einen Mentalitätswandel in den Bevölkerungen erreichen lässt, weshalb die UN die Jahre 2005 bis 2014 zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgerufen hatte. Ist das eine realistische Vorstellung? Lassen sich auf diese Weise Konsumbedürfnisse reduzieren, oder widerspricht das „Verzicht leisten“ der Natur des Menschen, die eher nach immerwährendem Wachstum strebt? Welche Rolle spielen Bildungsmaßnahmen bei dem Versuch das Wohlstandsgefälle zwischen der Nord- und Südhalbkugel auszugleichen? Welche Ergebnisse hat die UN-Dekade erzielt?

Dr. Nils aus dem Moore, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Michael Braungart, Rotterdam School of Management (Erasmus Universität), Universität Twente und Lüneburg, EPEA Hamburg

Dr. Christa Henze, Universität Duisburg-Essen

Dr. Eugen Pissarskoi, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

MODERATION: Kathrin Latsch, Journalistin und freie Autorin

12. Neuere Entwicklung des Kapitalismus (Krise des Kapitalismus?)

Ungleichheit macht instabil. Diese Befürchtung wird inzwischen von den unterschiedlichsten Akteuren im Bereich Wirtschaft gehegt, auch OECD und IWF warnen vor den globalen Folgen nationaler Einkommensunterschiede. Zuletzt hat das viel beachtete Buch von Thomas Piketty die kritische Debatte über die kapitalistische Wirtschaftsordnung weiter angeheizt. Laut seiner Untersuchungsergebnissen belohnt diese weniger Leistung als vielmehr Vermögen. Auch der im Kapitalismus verhaftete Wachstumszwang wird vor dem Hintergrund beschränkter natürlicher Ressourcen immer wieder in Frage gestellt und Umdenken eingefordert.

Auf der anderen Seite gibt es Meinungen, die darauf verweisen, dass die positiven Wirkungen des Kapitalismus gänzlich unterschätzt würden. Er habe in den vergangenen Jahrhunderten für eine enorme Reduzierung der weltweiten Armut gesorgt und auch die Verbesserung der Gesundheitssysteme oder die Verbreitung der Demokratie als Staatsform sei dem kapitalistischen Wirtschaftssystem geschuldet. Gehen also Kapitalismus und Demokratie Hand in Hand, wie manche behaupten, oder bedroht der Kapitalismus durch seine Ausrichtung an materiellen Werten die Demokratie?

Jens Berger, Journalist und Autor

Prof. Dr. Dr. Giacomo Corneo, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Universität Leipzig

Dr. Friederike Habermann, Wirtschaftswissenschaftlerin, Historikerin und Politikwissenschaftlerin

MODERATION: Andreas Kolbe, Deutschlandfunk

10:30-11.00 Uhr **Kaffeepause**

11:00-12:30 Uhr **Workshops**

12:45-13:30 Uhr **Abschluss-Plenum**

- Resumée der Veranstalter:
Prof. Dr. Dirk Lange, Deutsche Vereinigung für Politische Bildung
Petra Grüne, Bundeszentrale für politische Bildung
Klaus Waldmann, Bundesausschuss Politische Bildung
- Diskussion
- Kurzfilm „Das sagt DU“

13.30 Uhr Imbiss

Veranstaltungsorte:

19.3.2015

Gebälsehalle im Landschaftspark Duisburg Nord
Emscherstraße 71
47137 Duisburg

20.-21.3.2015

Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg
Gebäude LA Foyer
(Registrierung)
Lotharstraße 65
47057 Duisburg